

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Situation und Perspektiven unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge (UMF) im Land Berlin verbessern

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, einen Maßnahmenkatalog zu erarbeiten, mit dem der Senat gedenkt, die in Teilbereichen noch unzureichende Situation der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge zu verbessern. Notwendig sind dabei vor allem sozialpädagogische Maßnahmen, mit denen verhindert werden soll, dass junge Flüchtlinge anfällig werden, in die Kriminalität abzugleiten.

Der Senat wird aufgefordert, dem Abgeordnetenhaus bis zum 31. Mai 2018 zu berichten.

Der Maßnahmenkatalog ist mit einem umfassenden und aussagekräftigen Informationsteil über Situation und Perspektiven der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge im Land Berlin zu verbinden und mit diesem vorzulegen. Darin sollen neben statistischen Angaben und Auskünften über Kosten, Unterbringung und Betreuungsqualität insbesondere folgende Fragen und Probleme beinhaltet sein: Altersfeststellung, rechtliche Vertretung durch ehrenamtliche Vormünder, gesundheitliche Betreuung einschließlich der Notwendigkeit von Trauma-Behandlungen, Erwerb der deutschen Sprache von Anfang an, Willkommensklassen, Regelbeschulung und Übergang in Ausbildung und Berufstätigkeit. Dabei ist vor allem der Schnittstellenproblematik besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Ferner sind die Fragen zu thematisieren, welche Probleme sich aus dem Zusammenleben junger Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft, unterschiedlicher religiöser Bindung und unterschiedlichen Geschlechts ergeben wie auch deren erfolgreiche oder nicht erfolgreiche Integration in die deutsche Gesellschaft.

Begründung:

Der stetig steigende Zustrom unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge nach Deutschland hat auch das Land Berlin vor neue Herausforderungen gestellt. Daraus resultiert auch das große Interesse der breiten Öffentlichkeit einschließlich der Politikerinnen und Politiker aller Fraktionen. Sie alle wollen wissen, ob und wie der Senat die damit verbundenen Fragen und Probleme aktuell und künftig in den Griff bekommen will. Ein zielgerichteter Maßnahmenkatalog samt umfassendem wird nicht nur die Situation und Perspektiven der Betroffenen zu verbessern helfen, sondern ebenso dazu beitragen, der Öffentlichkeit zu mehr Verständnis über diesen Politikbereich zu verhelfen und die Abgeordneten in die Lage versetzen, ihr Wissen erheblich zu erweitern.

Berlin, den 07. Februar 2018

Graf Bentele Demirbüken-Wegner
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU